

Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
A. Bebel, Petersstraße 18,
F. Zehle, Gmüldenstraße 2.

Abonnementpreis
für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.
Agent für London & Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.
Affiliaterpedition für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Politische Uebersicht.

Die „Freundschaft“ zwischen Bismarck und Beust trägt bereits ihre Früchte. Man erinnert sich, daß Bismarck im vorigen Jahre die Jesuiten gegen Angriffe in Schutz nahm und als ein „staatsbildendes und staatsverhaltendes Element“ pries. Ebenso hat Beust unlängst über die seitens der österreichischen Liberalen gegen die Kirche gerichteten Angriffe sein Bedauern ausgesprochen. Nun schlagen beide für den Jesuitismus entflammte Herzen in eine einzige edle Liebe zusammen. Beide Minister haben sich in Florenz für die Rechte des Papstes und der Kirche verwendet! Es wäre in der That ein würdiger Abschluß der neuen heiligen Allianz und eine würdige „Kronung des Gebäudes“, wenn das neue heilige Deutsche Reich, versöhnt und vereint mit den Habsburgern, unter der „weißen Binde“ einen Feldzug nach Rom unternehme, um den Papst wieder in seine Macht einzusetzen, die „keiserlichen“ Italiener zu demüthigen und den Segen des heiligen Vaters entgegenzunehmen! Warum auch nicht? Louis Napoleon, das Vorbild Bismarck's, hat ja ebenfalls dem Papst gegen die rebellischen Römer beigegeben und dann mit Hilfe der dankbaren Klerisei sein Kaiserthum in Frankreich zu errichten. Die Jesuiten als Festpfeiler der deutschen Einheit! Ob sich das wohl in den Sechziger Jahren die Turner, Sängler und Schützen haben träumen lassen?

Freilich ist auch diese Einheit darnach. Sie ist vorhanden für alle Maßregeln der „Ordnung“, der „stammigen Jucht“ und der „frommen Sitte“; aber wo es sich um das Volk handelt und um seine Interessen, wo es sich um die wahre Ordnung, um einen geordneten Staatshaushalt und eine sichere Kontrolle handelt, da finden wir statt der gepriesenen Einheit — um von der Freiheit ganz zu schweigen — die allerhöchste Bundesstags-Konfusion. Ein Beispiel:

Aus Berlin schreibt man der „Frankfurter Zeitung“: „Das Herzogthum Lauenburg ist für die 21/2 Mill. Thaler mitverkauft, welche Preußen für den Anteil der abgetretenen deutschen Lande von der dänischen Schuld übernommen hat. Schon seit 2 1/2 Jahren hat das preussische Abgeordnetenhaus auf die Weitermadung der daraus erwachsenden Ansprüche gegen Lauenburg gedrungen. Von dem Augenblick an, wo Lauenburg seinen Anteil für Verzinsung und Tilgung tragen müßte, würde es freilich zahlungsunfähig werden, so gar außer Stande sein, die 4000 Thaler Gehalt, welche Graf Bismarck als lauenburg'scher Minister empfängt, auszuführen. Der lauenburg'sche Bismarck hat es demnach vorgezogen, sich von dem preussischen Bismarck wegen Zahlung jener Rinsen und Tilgungsfonds von Preußen verklagen zu lassen. Vor welchem Gericht kann nun aber eine solche Klage angenommen werden? Ein langwieriger Notenwechsel zwischen dem lauenburg'schen und preussischen Schlichter im Schiedsgericht des Grafen Bismarck hat zur Anerkennung des hiesigen Oberappellationsgerichts als Schiedsgericht in dieser Streitfrage geführt. Nachdem auch alle sonstigen Vorschläge auf denselben diplomatischen Wege glücklich erledigt worden sind, hat jetzt der Justizrath Dorn hierseits von dem preussischen Bismarck den Auftrag erhalten, gegen den lauenburg'schen Bismarck ohne Ansehen der Person nach allen Regeln der juristischen Kunst gerichtliche Vorzugehen. Vielleicht nimmt unser Braun, welcher in seinen Bildern aus den deutschen Kleinstaaten so ergötzlich die Doppelnatur eines vormals nassauischen Justiz- und Verwaltungsbeamten geschildert hat, Veranlassung, bei Veranstellung einer neuen Auflage seines Werks auch von dem oben geschilderten Verhältniß Kenntniß zu nehmen.“

Die zweite Frucht der preussisch-österreichischen Bärtlichkeit ist eine von Beust nicht etwa vertraulicherweise, sondern offiziell (amtlich) unternommene Friedensvermittlung. Natürlich auf Wunsch und Bestellung Bismarck's. Dies geht schon daraus hervor, daß seine Offiziosen gegen die Friedensvorschläge sich spröde stellen. Nach Beust's Vorschlag soll Frankreich 4000 Millionen Franken (1000 Millionen Thaler), 20 Panzerschiffe und einen Grenzstreich von 4 Meilen Breite hergeben. Die genannte Summe ist etwa der dritte Theil von dem, was Frankreich im September freiwillig angeboten hat! Wüthig würde die von uns stets bekämpfte Fortsetzung des Krieges, abgesehen von den seitens Verlusten Deutschlands an Geld und Menschenleben, 7—8000 Millionen Franken kosten. Deutschland mag sich das von Demen, die auf der Fortführung des Krieges nach Sedan bestanden und dieselbe erbettelt haben, bezahlen lassen. Was aber den geforderten Grenzstreich betrifft, so erinnerte uns „Mutter Germania“ in diesem Falle unwillkürlich an die unnatürliche Mutter im Urtheil Salomo's. Ganz kann sie Elsaß und Lothringen nicht erhalten, darum sollen beide zerissen werden. Eine liebevolle Mutter!

Österreich ist übrigens ein verhängnisvoller Bundesgenosse. Dieser Staat (auch „Kaiserreich“) wird von Tag zu Tag unfähiger, auswärtige Politik zu treiben, d. h. sich seiner Haut zu wehren. Die Momente, in denen es dies noch thun konnte, sind verpaßt und kehren nicht wieder. Schon geht das Gerücht, es werde in einigen Monaten seine eigenen Banknoten nicht mehr für voll in Zahlung nehmen, d. h. es werde sich für bankrott erklären.

In Paris ist dem Obergeneral Trochu infolge der Agitation der Sozialisten ein Verteidigungsausschuß zur Seite gesetzt worden, der seine Führung überwachen und ihn zu energischerem Vorgehen antreiben soll. Außerdem hat die Barricadenkommission erklärt, die innere Stadt unter allen Umständen mit den Waffen zu verteidigen zu wollen. Trochu seinerseits verspricht ebenfalls eine energische und ausdauernde Fortsetzung des Widerstandes. Man behauptet, die Brot- und Weinverräthe von Paris reichen bis zum April.

Die Wirkung des Bombardements auf einige Vorstädte von Paris ist: „verhältnißmäßig gering.“

Im Kampfe gegen die Westarmee sind, wie sich ein Telegramm in herrlichem Deutsch ausdrückt, 16,000 „Gefangene, darunter viele Offiziere, gemacht worden.“ Die Nordarmee zieht hinter den starken Festungen des Nordens neue Verstärkungen an sich. Dagegen in den Vogesen haben die republikanischen Truppen erhebliche Vortheile errungen. Besoul soll geräumt sein.

Ein Feldpostbrief schildert in der „Köln. Ztg.“ die Erlebnisse des 1. Bataillons des 33. ostpreussischen Füsilierregiments im Gefechte bei Bapaume. Das mit 590 Köpfen in das Gefecht gerückte Bataillon zählte nach dem Gefechte: 3 Offiziere, 3 Feldwebel, 21 Unteroffiziere und 323 Mann, alles Uebrige todt, verwundet oder vermisst.

Unter solchen Verhältnissen verdienen die offiziellen Zeitungen ausnahmsweise einmal Glauben, wenn sie melden, der deutsche Kaiser habe auf den festlichen Einzug in Paris völlig Verzicht geleistet, und wolle sofort, nachdem die Kapitulation der Stadt erzielt sei, nach Berlin zurückkehren. Warum dies aber dann nicht eben so gut schon vor der Kapitulation geschehen, warum es nicht schon nach Sedan geschehen ist, und warum die Wohlthat der Rückkehr nicht auch allen andern Landwehrpflichtigen des ersten und zweiten Aufgebots zu Gute kommen soll, können wir nicht einsehen.

Noch weniger können wir einsehen, warum dann immer neue Truppenendungen in den Tod getrieben werden. Mühen doch endlich die Viedermänner hinauszuins „Feld der Ehre“, die die Verantwortlichkeit für den Krieg gegen „die Lumpenrepublik“ auf ihre Schultern genommen haben, hinaus nach Frankreich die „Gut- und Blut“-Verschreiber vom September vorigen Jahres. Ist ihr „Gut“ ihnen vielleicht kostbarer, als dem armen, von den Seinen gerissenen Ernährer seine armselige Habe? Wir dächten doch, dem armen Hirten sei sein Schäflein ebenso lieb, als dem großen seine Heerde. Oder ist ihr Blut etwa mehr werth? Fast sollte man es denken. Aber das ist kein stichhaltiger Einwand; ob viel, ob wenig, ob keinen Schuß Pulver werth, sie haben es heilig versprochen und versprochen, und sie sollten nicht die freche Stirne haben, in einer Wahlversammlung zu erscheinen, um aus Neue das Volk zu beschwären und es an das namenlose Unglück, in das sie es gestürzt haben, vergessen zu machen. Nicht in den Wahlversammlungen ist ihr Platz, sondern draußen in den Ardennen und Vogesen. Hinaus!

Welche Bestialität der Krieg im Staate der Intelligenz erzeugt, sieht man aus folgendem, wortgetreu der „Berliner Volkszeitung“ entnommenen Feldpostbriefe:

„Echaumont, 27. Dezember 1870.
„Du wirst Dich wundern, daß ich schon wieder schreibe; wir sind gestern wieder von Räuberjagd gekommen, da wir ein Dorf in Brand stecken mußten, wo die Franktireurs drinnen waren, die mußten alle verbrennen, denn unser Hauptmann sagte: er wolle keine Gefangene sehen; wir mußten gleich alles schlachten! Denn sie haben einen Eisenbahnzug, der mit 72 Militärs besetzt war, aus die Schienen gebracht; sie glaubten nicht, daß er besetzt wäre und wollten den Zug plündern, es ist ihr aber sauer ausgefallen, denn so wie der Zug klappte, sprang alles raus; es wurden nur 3 Schaffnern bei dieser Gelegenheit verwundet, aber 6 Mann von unsrer braven Füsilier haben sie die Hälse abgeschnitten. Eine Patrouille benachrichtigte uns solches in Echaumont von wo wir grimmig wie die Löwen auszogen. — Es ging nach die Bahn, und in den Zug alles in einem Atem, fanden aber keinen von die Hunde sie hatten sich schon alle aus dem Staube gemacht. Nun wurde große Jagd gemacht, wobei wir nachts 12 Uhr an ein Dorf kamen, wo wir sogleich einen Schuß belagerten; und der Hauptmann sagt a. h. (soll heißen: Aha!) hier sind die Hunde, und wir schlichen uns nun an die Häuser, brachten 3 davon im Brande, welche nun alle mit Posten besetzt, die alles er; hohen was aus die Häuser kam. Es sind viele erschossen, und können auch in den 3 brennenden Häuser noch viele verbrannt sein. Diese Arbeit dauerte bis zum Morgen: da sagte der Hauptmann: nun Kinder mühen wir was zu Essen haben; und der Mehre (soll heißen: Mehre) von das Dorf kam und hat den Hauptmann, daß man doch nichts mehr abbrennen mögte, weil die Bauern nicht Schuld daran sind; denn die Franktireurs sagten als sie kamen: sie würden alles abbrennen, wenn sie nicht alles belagern. Doch der Hauptmann bestand darauf, daß sie zur Strafe doch für 190 Mann Suppe, Brod und Wein hergeben müßten! Der Mehre voller Freuden sagte: Wui, wui, Muschel und in einer Stunde war alles fertig; und wir wurden nun reingezogen zum Frühstück; doch konnten wir den Frieden noch nicht trauen, und somit wir gegessen hatten, ging ein Zug auf Patrouille, und die anderen mühten nun das Dorf ordentlich durchsuchen; aber man fand nur Kerle mit blauen Hüsen, aber unter diese ein kurzes Gaspot. Diese Arbeiter haben wir uns denn alle gekost. In einem Quartier kamen wir, und fanden daselbst einen solchen Hund in einen Kleider-schrank, wo er sich mit seiner Hintze in einen Winkel drückte; aber er bekam das Bajonet in den Leib so lang es war. — Auf diese Weise kamen sehr viele um; und so wird man hier um sein eigenes Leben zu sichern, zu Wörden und Brennen gezwungen.“

Soldatenlektüre: Die „Zukunft“ schreibt: Eine gerechte Eifersucht, die wir bisher gegen die „Volkszeitung“ empfanden, ist gestillt: auch der „Zukunft“ ist nun ihre Baradenfähigkeit abgesprochen; die Lektüre derselben in den Lazarethen zu Hannover verboten worden. Ob das Blatt damit für die gesammten Küstenlande als vogelfrei erklärt ist, daß harren wir noch.“

Die Neujahrskour des „Kaisers“ auf Wilhelmshöhe war, allen Berichten nach, glänzend. Großer Empfang, Festtafel, Konzert, Korso in von Berlin gesandten Schlitten u. s. w. Auch die höchsten kaiserlichen (preussischen) Beamten in Kassel waren in großer Gala ehrfurchtsvoll erschienen. In München beräth der Landtag noch über den Anschluß an das preussische Kaiserthum. Wie von glaubwürdigen

Seiten übereinstimmend versichert wird, ist die nöthige Anzahl Stimmen zur Verwerfung der Verträge in der Abgeordnetenversammlung gesichert.

Aus Zürich geht uns eine Broschüre von dem bekannten Stifter und Hohenpriester der „Cogitantenreligion“, Dr. Eduard Löwenthal, zu, in welcher derselbe sein gutes Haar an der Bismarck'schen Politik, wie an der preussischen Regierung läßt und ganz Europa zum Eintritt in den von ihm gegründeten „Europäischen Unionverein“ auffordert. Hr. Löwenthal erklärt, mit seinem Verein die Beseitigung der Kriege durch Bekämpfung des „Klassen- und Rassenstreites“ zu erstreben und hat seinen Verein auf folgende Organisation gegründet:

§ 3. Die Leitung des Vereins behält sich der Gründer (Dr. Eduard Löwenthal) für die ersten fünf Jahre seines Bestehens, vom September 69 an gerechnet, vor, desgleichen das Recht, sich Vorstandsmitglieder während dieser Zeit zu kooperiren.

§ 4. Mitglied des Vereins kann Jedermann werden, der das 20. Lebensjahr erreicht hat, ohne Unterschied des Geschlechtes.

§ 5. Jedes Mitglied hat jährlich 1 Thlr. an die Kassa des Vereins zu entrichten.

§ 6. Der Verein hat seinen Sitz am Wohnort des Vorsizenden, also jetzt in Zürich.

Je größer und bemittelter dieser Verein wird, desto rascher nähern wir uns seinem Ziele:

der europäischen Föderativ-Republik.“

Also Diktatur in reinster Form, wie im A. D. A.-B., nur, daß Löwenthal in keiner Beziehung ein Cassale ist. Wohl aber ein Schweizer. Warum gründet er etwas Neues, warum schließt er sich nicht dem Internationalen Arbeiterbund, oder wenn ihm dieser zu roth ist, der Friedens- und Freiheitsliga an? Wenn Hr. Löwenthal dies nicht motiviren kann, so müssen wir annehmen, daß dieser Herr, der schon früher in Berlin und Dresden als preussischer besoldeter Preshagent — wir wissen nicht, ob auch als Polizeiaгент — thätig war, entweder aus egoistischen Motiven einen Keil in die Friedens- und Freiheitsbestrebungen treiben will, oder am Ende gar die Rolle eines Spions in Zürich spielt, und die etwaigen oder vermeintlichen Pläne der dortigen Demokraten und Republikaner auszufundschaften. Auf unseren Thaler kann er nicht rechnen.

Die einzigen unabhängigen Staaten der Welt, die einander politische und militärische Flüchtlinge jagen helfen und ausliefern, sind Rußland und Preußen. Preußen veranstaltet Treibjagden auf russische Rekruten und Polenflüchtlige, Rußland thut augenblicklich desgleichen mit einigen französischen Gefangenen, um den Bajalendienst einigermaßen zu lohnen. Und bei einer solchen europäischen Spürhunds- und Hentersknecht-Rolle, wie sie Preußen spielt, magt man mit nationaler Selbstständigkeit und Größe um sich zu werfen!

General Sodone, der italienische Unterhändler bei dem preussischen Bündniß von 1866 mit Italien gegen Deutschland, hat sich in einem Anfall von Wahnsinn zum Fenster hinabgestürzt und ist gestorben. Und doch hat Italien aus der Saat von 1866 kein 1870 und 71 geerntet, wie Deutschland. Wenn Bismarck, der Unterhändler Wilhelms von Preußen, die Früchte seiner Politik einmal übersehauete, wie hoch müßte sich der wohl hinabzustürzen versucht sein?

Die Parteigenossen in allen Orten des 17. und 19. Wahlbezirks werden aufgefordert, Wahlkomitees zu bilden, um sofort nach Ausschreibung der Wahlen je ein Bezirkswahlkomitee zu konstituiren.

Johann Jacoby hat erklärt, eine Wahl zum Reichstag anzunehmen.

Die in Nr. 2 d. Bl. enthaltene Mittheilung über das neueste Muster von Rechtsfindung Seiten des Hrn. Professor Heinze in Leipzig hat am 13. Januar eine neue Kundgebung zur Folge gehabt. Der Hr. Professor theilte nämlich seiner zahlreichen Zuhörerschaft mit, daß über seine Aeußerung ein Artikel im „Volksstaat“, Organ der Arbeiterpartei“ enthalten sei. Daß die Erwähnung des „Volksstaat“ ein Beifallsfußscharren der nationalliberal gestimmten Fische zur Folge hatte, kann nicht Wunder nehmen. Prof. Heinze las nun den Artikel vollständig vor und machte dann seine Bemerkungen darüber. Diese reduzirten sich darauf, seine Ansichten seien nicht genau wiedergegeben; er bleibe aber auch heute noch bei seiner früher ausgesprochenen Meinung stehen. Diese wurde nun noch einmal vollständig wiedergegeben, enthielt aber durchaus nichts, was von der im „Volksstaat“ bereits mitgetheilten Ansicht des genannten Professors abwich. Angenehm ist uns bei dem ganzen Vorgange nur das Eine, daß die von uns als die Auffassung des hausbackenen Menschenverständes hingestellte Ansicht bei nicht wenigen Studierenden Beifall fand, und daß die demokratische Auffassung der politischen Weltlage auch hier und da in akademischen Kreisen schon auf fruchtbaren Boden fällt. Bei der ausgeprägt nationalliberalen Haltung einer großen Anzahl von Professoren und bei dem vollständigen Mangel an demokratischem Geiste unter ihnen, wird es freilich noch lange währen, ehe auf nennenswerthe Erfolge bei der heranreisenden Gelehrtenwelt zu rechnen sein wird.

Aus Amerika.

New-York, 18. Dezember 1870.
Es ist bezeichnend für Präsident Grant und in einem Arbeiterblatte erwähnenswerth, daß derselbe einen entschiedenen Ton

in seiner Postfach nur da annimmt, wo er sich in höchst bestimmter Weise gegen — direkte Steuern erklärt und die Ueberzeugung ausdrückt, daß das Volk darin mit ihm übereinstimme. Die Postfach ist so umfangreich, daß sie überjetzt mehr als den ganzen Raum einer vollen Nummer des „Volkstaat“ einnehmen würde, und diese „Exzellenz“ hat darin keinen Platz gefunden, für die Grundlage der Gesellschaft, die Arbeit und die Arbeiter! Doch halt! ich irre mich. Als er seinen St. Domingo-Schwindel wieder so dringend als möglich dem Kongress zur Annahme empfiehlt, erwähnt er als einen der Gründe hierfür, daß 100,000 Arbeiter auf der Insel guten Lohn (remunerative wages) finden, und von den benachbarten Inseln herbeiströmen würden. Uebrigens kennzeichnet diesen Vertreter der reichen Leute, wie ihn die hiesige „Sun“ nennt, dieses Schoßkind der amerikanischen Bourgeoisie, Nichts mehr, als die eben durch die Zeitungen die Kunde machende Liste der Verwandten, Schwäger, Vettern und Töchter des Präsidenten, welche derselbe in fette Posten gebracht. Noch kein Präsident der Vereinigten Staaten hat es gewagt, so schamlos darin zu verfahren, und täglich kommen neue Proben dieser Gefinnung ans Tageslicht. — Die neulich erwähnte Einwanderungs-Konvention fängt an, schon Früchte zu tragen. Der bekannte V. J. Butler, Kongressabgeordneter für Massachusetts, ein geriebener Politiker, der gern mit den Arbeitern etwas schön thut, hat im Kongress eine Gesetzesvorlage eingebracht, welche bestimmt, daß die Einwanderung unter direkte Fürsorge der nationalen Regierung gestellt werde, und daß dieselbe alle nötigen Einrichtungen treffe, besonders nationale (Unions-) Bureaus an Stelle der lokalen (einzelstaatlichen) einsehe. Ich werde seiner Zeit berichten, was daraus wird.

Der New-Yorker „Tribune“, eins der größten amerikanischen Blätter und Stock-Bourgeois mit einigen Humanitätsphrasen im Munde, hat einen besonderen Berichterstatter in die Kohlenregionen geschickt, der in seinen Aussehen erregenden Berichten genau das nachweist, was ich dem „Volkstaat“ vor acht Tagen über den Zustand der Kohlenbergleute schrieb, nämlich, daß Alles zwischen den drei großen Kohlen-Kompagnien abgekartet sei, und der „Tribune“ schreut erbärmlich darüber, wie folgt, in einem Leitartikel: „Die eiste und natürlichste Folge des „Ausstands der Pennsylvaniaer Kohlenbergleute ist die Erhöhung „des Kohlenpreises um einen Dollar per Tonne gewesen. Dies „wird den Kohlen-Kompagnien kaum genügen, und „wir nehmen an, daß sie auf der vorgeschlagenen Lohnherabsetzung der Kohlenbergleute, welche den Ausstand hervorrief, „beharren werden, bis die unglücklichen Konjumenten „unvernünftige Preise für Kohlen zahlen müssen, und „bis die Vergleite dem Hungertode nahe sind.“ Ein hübsches Beispiel für das unänderliche (immutable) Gesetz von Angebot und Nachfrage, und prächtig erläutert von diesem Blatt, dem eifrigsten Kämpfer dafür.“

Der Ausstand der Schuhmacher (Crispiner) in New-York ist noch auf demselben Punkt, wie zuletzt berichtet. Keiner will nachgeben und augenblicklich läßt sich nicht vorausbestimmen, wer siegreich aus dem Kampf hervorgeht wird. Die Presse natürlich häuft Beleidigungen und Verdrehungen gegen die Arbeiter. —

Unsere Brüder in den östlichen Staaten rüsten sich wieder zu einem Wahlkampf, dieses Mal in New-Hampshire. Eine Korrespondenz aus Leipzig in dem „Workingsmen's Advocate“ hat Aufsehen und unter unseren Parteigenossen viel Freude erregt. — In der „Arbeiter-Union“ ist der Prospect des neuen deutschen Arbeiterblatts sehr günstig aufgenommen worden. — In das Central-Comité der Arbeiter-Assoziation für Nord-Amerika sind gewählt von der deutschen Section F. A. Sorge, von der czechischen Wm. Jantus, von der französischen B. Hubert. Dasselbe beginnt seine Arbeiten sofort.

Die parlamentarische Bourgeoisie in Deutschland.

(Schluß.)

Zur Zeit, als Preußen im Genusse seiner Kriegserfolge gegen Oesterreich und gegen die jetzigen deutschen Bundesgenossen schamam, (dem ist der „Frankf. Beobachter“ ein andres Mal) hat der wohlbekannte Uebersetzer der Kreuzzeitungspost, Professor Leo in Halle, ein seltsames Wort ausgesprochen, in welchem man schon damals einen funken prophetischer Kraft erkennen mußte, so barock die Form auch klang. Heinrich Leo sagte, daß Preußens Regierung den „bornierten Patriotismus“ pflegen müsse, welcher die Grundlage der Größe Preußens sei, und: „Blut sei der edle Saft,“ durch welchen die neu erworbenen Provinzen mit den edlen Stammländern unauslöschlich zusammengefügt werden müßten. Heinrich Leo wünschte einen „frischen, fröhlichen Krieg,“ je eher, je lieber, damit dieser organische Verbindungsprozess sich vollende und Preußen mit seinen neuen Provinzen die alte Eigentümlichkeit und — Größe sich bewahre.

Woblan, die Zeit ist gekommen und Heinrich Leo's Wünsche sind erfüllt. Viel haben unsere „liberalen“ Blätter und Parteien in früheren Jahren über den Mann gepostet und sich in ihrer Weisheit doch erhoben über dem „unweltlichen Jid“ in Halle geföhlt; und siehe da, der Schwarzblut des Mannes zeigt sich heute unendlich größer als alle die liberalen Spielereien und Ländereien unserer Fortschrittler von ebendem. Bereits vor einem Jahre durfte ein Wantrup ihnen sogar höhnisch die Byronische entgegenkriechen:

„Sie haben Königsbüchern Ruhm verliehen
Und später alle Könige gelobt;
Sie haben „hoch die Republik“ geschrien
Und später gegen Republik getobt,
Jetzt sind sie streng loyal, doch stets erbötig,
Den Rod zu wechseln und die Haut, wenn nötig.“

1848 waren es doch wenigstens 248 Männer in der Paulskirche, welche gegen den „Erbtaiser“ mit Nein! stimmten. — Heute nicht einmal ein Hund in Reichstag! Nach dieser Reaktion, welcher die Führer von 48 über uns heringebracht haben, ist die von der „Kreuzzeitung“ avisierte „Umkehr bis vor 1789“ vom Standpunkt jenes Blattes aus gar nicht so maßlos. U, über die Heiden der Paulskirche, welche jetzt vor des Kaisers Bildnis Ruhe thun für längst verjährt und theils vergessene republikanische Sünden!

Ja, vergessen wollen wir eure 48er Sünden, weil Ihr nicht anders handeln konntet, als Ihr jeben gehandelt habt, indem ein jetzt in Euch vollständig der Bourgeois hervortritt, der vor 22 Jahren in Deutschland noch nicht in Betracht kam. Damals waren Ihr „liberal“, sogar „demokratisch“, weil Ihr zum Theil des guten Glaubens wart, Euer politischer „Liberalismus“ sei das non plus ultra (Neuwerk) einer Volksmännlichkeit. Heute aber, wo vor das Wort „politisch“ das wichtigste, „sozial“ hinzugesetzt ist, kommt der Bourgeois, von dem Ihr damals noch gar nichts gemüht habt, in Euch erst zum Bewußtsein! Und als Bourgeois braucht und wünscht Ihr Euch den „Kaiser“, — aus keinem andern Grunde! — Wie die französische Bourgeoisie von 1850 sich dem „Kaiser“ in die Arme warf, um ein Volkweid gegen den in der Republik wachsenden Sozialismus zu haben, so braucht auch die deutsche fortschrittliche Bourgeoisie von

1870 einen „Kaiser“ gegen den Sozialismus diesseits und jenseits des Rheins. Von 1870 an — und gar schon vom Beginn des Krieges an — datirt das eigentliche Selbstbewußtwerden der deutschen fortschrittlichen Bourgeoisie. Zum Schutze des „Erbreichs“ war der „Erbtaiser“ hervorgebracht und der „Erbtaiser“ renovirt.

Denn, damit der „Erbtaiser“ nicht in späteren Jahren Krieg anfangen, muß der Preußenstand des Militärs mindestens auf dem status quo (bisherigen Zustand) erhalten, wenn nicht gar noch erhöht worden, und damit Deutschland „stark“ sei in der Anwendung dieser Heeresmassen gegen den „Erbtaiser“ muß die ganze Macht in die Hand eines Menschen gelegt werden, eines „Kaisers“. Die Zentralisation der Heeresleitung ist das Hauptmotiv der Kaiserkomodie, letztere das Mittel zur Erreichung des „Einheitsstempels“, des Heine'schen Nationalzuchttafels, nach einheitlichem Vereins- und Preßgesetz. So wird der „Erbtaiser“ vorgeschützt für den wirklichen „Erbtaiser“ — des Erbrechts.

Man sagt einmal in seinem „18. Brumaire des Louis Bonaparte“, daß die französische Republik von 1848, welche ihre Geburtsstunden durch den Belagerungsstand einweihete, die Devise der ersten Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ parodirt habe in „Infanterie, Cavallerie, Artillerie“, und wie die Devise der ersten, so habe auch die der zweiten Republik die Kunde durch die Welt gemacht. Mich dünkt, das Jahr 1870 habe jener Devise der französischen Bourgeois-Republik von 48 eine prägnantere Form gegeben, indem sich fortan Kapitalismus, Militarismus und Absolutismus vereinigen in der neuen Tricolore, der fortschrittlichen deutschen Bourgeoisie, welche ihr zu ihrer Taufe hirtlich überreicht sei:

„Erbrecht!“ „Erbtaiser!“ „Erbreich!“
Auf Deutsch: Erbtaiser! Erbtaiser! Erbtaiser! A. H.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandten Gewerke.

Stuttgart. Obwohl die württembergische Demokratie bei der Abgeordnetenwahl eine starke Niederlage erlitten, obwohl die ganze Bourgeoisie und Presse vor Patriotismus nicht mehr weicht, was sie thun soll, so ist dennoch kein großer Enthusiasmus mehr vorhanden in den Handwertern und Kleinbürgern bei neuen Siegespossaunen. Ebenso flau wurde die Kaiserproklamation und der Eintritt in den Nordbund aufgenommen; denn so sehr sich auch die Presse Mühe gab, in ihrer Aufforderung, die Stadt zu diesem Feste zu beslaggen, starrten uns nur sehr wenige schwarz-weiß-rote Fahnen ganz lahm an. Hätten sie lieber ganz schwarze herausgehängt! Der Refektor meint: „die Kälte sei Schuld daran.“ — Er wird wohl Recht haben. — Wir freuen uns deshalb um so mehr, von einem Feste berichten zu können, wo eine nicht geringe Anzahl Gewerkschaften auf Aeußerste belebt war und das war unser Christfest. Schon die schwarz-rot-goldene Fahne auf der Spitze des Christbaums ließ einen guten Eindruck aus den Gesichtern lesen. Die Ansprache des Vorstandes Lenz, sowie die anschließenden politischen Dichtungen wurden mit größtem Applaus aufgenommen; besonders verlieh dem Feste noch einen feierlichen Ausdruck ein hier neu konstituirtes Gesangsverein, welcher mit feinen freigeistlichen Chören die Gemüther erhebend an sich zog und aus dessen Reihen ich bei Gelegenheit hier einen anführen werde:

Es ringt die Welt im großen Riesenstreite,
Sie sucht das Gut, das Männerkraft uns gab.
Der Gott, der uns zur starken That wehrt,
Bereitet rings der Zwingherrschafft ihr Grab.
Wir bleiben unerschütteret,
Was rings die Zeit verwittert.

Auch unserer inaktivsten Parteigenossen wurde dabei nicht vergessen; eine Kollekte ergab 5 fl. Den Herren Bebel und Liebknecht wurden schließlich für ihre unermüdete Tapferkeit donnernde Hochs ausgedrückt.
Im Austr. Heinz.

Allgemeiner Deutscher Schneider-Verein.

Cöln, 14. Januar. In Betreff der kranken Frau Georg Henckels sind in Nr. 4 des „Volkstaat“ unter dem Aufsatze die Namensunterchriften nicht bemerkt worden; wir tragen deshalb folgende Namen nach: Karl Schnitz, Peter Rüd, Joseph Bürger, Heinrich Schneider, Reinfors.
Ferner zu bemerken, daß sich unser Vereins-Lokal bei Frau Barth, Eistergasse Nr. 13 und 15 befindet.

Dem Ausschuss zur Nachricht: Briefe wolle man senden an unsern Kassierer Mathias Wierk, St. Ursulastraße Nr. 17, 19, 21.

Internationale Metallarbeiterchaft.

Unser Hauptzweck nebst Ausschuss hat endlich ein Lebenszeichen von sich gegeben und man sieht, welche nachtheilige Folgen der Werbauer Antrag mit sich gebracht hat. Die gute Absicht, die der Antragsteller hinsichtlich der Portoversparnis hatte, soll durchaus nicht verkannt werden, aber so viel sieht fest, daß wenn die Mitgliedschaften ihre Krankenkassenbeiträge behalten wollen, jeden Monat von jeder Mitgliedschaft die Bekannmachung ihrer disponiblen Baarvorräthe erfolgen müßte, damit Mitgliedschaften, welche Kranke auszusahlen haben und deren Baarvorräthe nicht ausreichen, sich an jene wenden könnten. Damit wird aber dezentralisirt und die einheitliche Organisation mit einem Ausschuss wird nach und nach untergraben; man verläßt sich schließlich in die Hirsch-Dankerschen Muster-gewerkschaften. Arbeiter, wir bedürfen aber gerade der Zentralisation und unsere Krankenkasse müssen wir wieder wie die ganze Metallarbeiterchaft, die am Besten organisiert war, in den vorigen guten Stand versetzen, soweit es die Zeitverhältnisse mit sich bringen. Vor allen Dingen suche Jeder die Mitgliedschaften zusammenzuhalten, und so viel wie möglich Beiträge an die Hauptkasse einzusenden, überhaupt den Werbauer Antrag für die Folge nicht zu beachten. Die Metallarbeiterchaft und Krankenkasse müssen ihren Centralpunkt im Ausschuss nebst Hauptkasse haben, dann können wir auch gegenseitig unseren unvernommenen statutenmäßigen Verbindlichkeiten gegen jedes einzelne Mitglied nachkommen.
Also nur immer muthig vorwärts.
Franz Wittbauer in Gotha, Eisengießer.

Zwickau, 9. Januar 1871. Wenn die Kohlenwucherer in Leipzig ausprengen, „die Kohlen hätten so übermäßig hohen Preis deshalb erlangt, weil von den Bergleuten eine Arbeit angebrocht worden, die durch große Kohnerhöhung habe verhindert werden müssen“, so sehen wir uns veranlaßt, dieses Vorgehen als eine gemeine Lüge zu erklären, da weder in neuerer Zeit eine Arbeitseinstellung angebrocht worden ist, noch weit weniger unsere sehr mäßigen Löhne aufgebessert worden sind. Im Gegentheil, wir erhalten pro Karren (à 8 Scheffel) Stückkohlen von 2 Rgr. — bis 3 Rgr. 5 Pf. Arbeitslohn, je nach Verhältnis, für klare Kohlen pro Karren 1 Rgr. —. Unser täglicher Lohn variirt zwischen 16 und 20 Rgr. — in zwölfwündiger Arbeitszeit; es gehört zu den Ausnahmefällen, wenn wir in dieser Arbeitszeit einige Zwanzig Neugroschen verdienen. Mehrerwerb ist bedingt eine längere Arbeitszeit. Von diesem Lohne ist nun das Gelauchte, was wir selbst zu bestreiten haben, noch in Abzug zu bringen.
Nach der im Monat Juli v. J. erfolgten Arbeitseinstellung, sind wohl die Normallöhne auf ziemlich allen Steinkohlenwerken hiesigen Bezirks einige Groschen erhöht worden, die Werksverwaltungen haben aber durch nochmalige Herabdrückung der Gedingpreise reichlich dafür gesorgt, daß wir die erhöhten Normallöhne in Gedingarbeit gar nicht oder in den allergeringsten Fällen erzielen können. Weilarbeit (nicht verdingte Arbeit) giebt es ebenfalls nur selten.
Beispielsweise, vor 10 bis 15 Jahren wurde uns der Karren Stückkohlen, der uns heute mit 2 Rgr. 5 Pf. verlohnt wird, noch mit 5 bis 6 Rgr. verlohnt, so weit sind unsere Löhne herabgedrückt worden. Dagegen aber kosteten die Kohlen pro Karren 20 bis 25 Rgr., höchstens 1 Thlr. vor 15 Jahren, während dieselben heute pro Karren 2 Thaler und darüber auf dem Werte kosten; wir haben an Lohn soviel verloren, daß wir jetzt doppelt mehr Arbeit leisten und

uns mit Kunkellasse und trockenem Brode begnügen müssen, während die Aktionäre jährlich pro Aktie (100 Thaler Einzahlung) 40 bis 45 Thlr. Dividende einstreichen. Daraus dürften nun die geehrten Leipziger erkennen, daß nicht wir mit unseren Löhnen die Kohlen vertheuern, wohl aber ein guter Theil Faulenzer, die solche Vorwände zur Ausbeutung ihrer Mitmenschen gebrauchen.

Die erbärmliche Lüge, daß eine Arbeitseinstellung von uns Bergleuten in jüngerer Zeit vorbereitet werde, hat man auch in Zwickau, freilich nur unter den Nichtsthuern in Umlauf gesetzt, hier aber, wie es nicht unwahrscheinlich ist, um eine Preßion auf die sofortige Verhaftung Dinters auszuüben, eines Mannes, der gegen die verwerfliche wie verberbliche Ausbeutung der Arbeitskräfte entschiedene ankämpfte und der Bourgeoisie das Wohlleben in gemüthlicher Nichtsthuererei mit seiner Waffe der nackten Wahrheit verübte. Da r aber ist Dinter „als gemeingefährlich!“ erachtet worden und da man in seinen, im Monat Juli v. J. gehaltenen Vorträgen über Arbeitseinstellung „Trogungen und Verurtheilungen“ finden will, muß Dinter eine achtungsgewöhnliche Gefängnisstrafe verbüßen und wird dann ausgewiesen!

Einer bessern Antwort auf unsere berechtigten und billigen Anforderungen bedarf es wirklich nicht. Wir sind uns nun klar und rufen um so lauter: „Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch! Hoch unserm Dinter! Hoch allen Männern, die um Recht und Wahrheit im Kerker schmachten, laßt uns sie nicht vergehen!“
Die Bergarbeiter in Zwickau, Böllwig u. Niederplanitz.

Gotha, 2. Januar. Wie den Parteigenossen erinnerlich sein wurde in einer am 10 Juli v. J. in Ohrdruf abgehaltenen Parteiverammlung, unser Parteigenosse Rippoldt verhaftet und nach 2 Tagen wieder entlassen. Dieses Vergehen der Behörde war geschwehrt, die Parteimitglieder darüber sehr aufgeregt und es wurde eine Versammlung hier abgehalten, in welcher die Verhaftung Rippoldts (der in diesem wieder entlassen) besprochen wurde. Rippoldt beschrieb ihm vollzogenen geschwehrtigen Akt, welcher von der Versammlung „Pöbel“ bezeichnet wurde. Sauerartig bezeichnete den Akt als eine „brutale Willkühr“, wie sie nur in Ausland vorkomme“ und so auf, eine Volksversammlung Sonntags darauf in Ohrdruf abzuhalten, um den dortigen Feind, die Bourgeoisie, welche sich hinter die Polizei gestellt, zu bekämpfen. Sod erläuterte die Prinzipien der Sozialdemokratie und soll gesagt haben, daß nur die Fürsten, der Adel, die Priester, die Geldmänner und Fabrikanten das Gebäude des jetzigen Staates hielten und daß es die Aufgabe der Sozialdemokratie sei, dieses schwache Gebäude zu unterminiren und auf den Trümmern desselben den Volksstaat aufzubauen. Sod forterte ferner auf, sich recht zahlreich an der Fahrt nach Ohrdruf zu beteiligen und soll erklärt haben, wenn wir die Versammlung nicht ruhig und friedlich abhalten könnten, würde er den Gewalt Gewalt entgegensetzen. In einer früheren Volksversammlung waren Mängel des hiesigen Armenhauses zur Sprache gekommen und es war vom Staatsanwalt wegen der letzteren Versammlung gegen Rippoldt und noch 5 anderen Personen Anklage wegen Beleidigung von Beamten, wegen der Ohrdruffer Versammlung Rippoldt besonders noch wegen Widersehtlichkeit gegen die öffentliche Autorität (er hatte bei der Aretur den Oberkörper zurückgebogen) und wegen Aufforderung zum Aufruhr (er soll gesagt haben, als die Polizeiposten die Versammlung geschwehrtig auslösten: Wenn wir gestört werden, so werden die, die uns tödten, hinausgeworfen, werft sie hinaus), Augustin, weil er einem Gensdarmen die Beine weggezogen haben sollte, wegen Widersehtlichkeit gegen die öffentliche Autorität angeklagt.

Wegen der Gothaer Versammlung, in welcher wiederum geschwehrtig Polizei amwesend war: Sauerartig, wegen Beleidigung der Gothaer Polizei, Aufruhr und verbreitendem Hochverrath.

Nach dem neuen Strafgesetzbuch hätte die Staatsanwaltschaft den größeren Theil der Klage fallen lassen müssen, daher war die Verhandlung am 29. Dezember angelegt! Da aber an diesem Tage die Schmiegemutter des Staatsanwalts Morchutt gestorben, wurde sie (die Verhandlung) mit 10 Angeklagten und ca 25 Zeugen auf den 30. Dezember verlegt. Zwei Tage kämpften Rippoldt, Sod und Sauerartig gegen dieses Grand-Procurator'sche Anklagestück und dennoch endigte es wie vorauszu sehen war, mit Verurtheilung. Rippoldt wurde zu 14 Thlr. — der 4 Wochen Gefängnis für Beleidigung, und 4 Monate wegen Aufforderung zum Aufruhr verurtheilt, wogegen er wegen Widersehtlichkeit gegen die öffentliche Autorität freigesprochen wurde; Sod zu 4 Monate Gefängnis, wegen Aufforderung zum Aufruhr und 4 Thlr. oder 8 Tage wegen Beleidigung, dagegen wurde er wegen vorbereitenden Hochverraths freigesprochen. Sauerartig zu 4 Thlr. oder 8 Tage wegen Beleidigung; wogegen der Staatsanwalt die Anklage wegen Aufforderung zum Aufruhr fallen ließ. Augustin wurde freigesprochen, die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnis oder Geldstrafe verurtheilt, wegen Beleidigung der Armenanstalt. Rippoldt, Sod und Sauerartig werden Appellation einwenden, weil in der Appellationsinstanz nach dem neuen Straf-Gesetzbuch geurteilt werden muß.

Das Kreisgericht erkannte übrigens an, daß in jener Versammlung in Ohrdruf § 43 und 44 der Verfassung verletzt worden ist.

Für die Familien der Inhaftirten.

Müller, Weimar 1 Thlr. — A. B. Stuttgart 10 Thlr. — Durch Herrmann, Meerane, von Parteigenossen (10. Januar) 12 Thlr.* — Rittinghausen, Cöln 8 Thlr. — Verein Teutonia, London 7 Thlr.

* Wir hatten geglaubt, diese 12 Thlr. seien auch für Aktien.

Für die Parteigenossen.

Für den „Volkstaat“ sind ferner eingegangen: durch A. M. Stehfest in Peitz 1 Thlr. 5 Rgr. — Wimpesinger, Amberg 30 fr. — Rittinghausen, Cöln 2 Thlr.

Briefkasten.

B. Coburg: Brief erhalten. Persönliche Gruß. Versprochenen Artikel sehr willkommen. — Köhler, Dresden: Die in Nr. 4 quitheten Weider aus Amerika sind bereits vor Monaten vereininnahmt und verzeichnet, nur auf ausdrücklichen Wunsch des Abienner Sorge wurde eine spezifizierte Umtung veröffentlicht. — Chemnitz: Es ist ein großer Irrthum, zu glauben, daß die Partei 1000 Orte oder Vereine hätte, von denen jeder einen Thaler geben könnte. Vielleicht nicht 100. Die Parteigenossen an sehr vielen Orten sind leider durch Einberufung und Arbeitlosigkeit vollständig leistungsunfähig, so daß von härteren Orten auf bedeutend mehr als 1 Thaler gerechnet werden muß.

Die 1849 in Rastatt gefangenen Sachsen

haben wohl, soweit sie noch leben, gewiß alle schon oft gewünscht, von ihren Kampf- und Leidensgenossen einmal etwas zu hören. Ich benütze diesen Weg, um die jetzt strengten Freunde um Mittheilungen zu bitten und ersuche andere sächsische Blätter, diese Aufforderung abzu drucken.
Friedr. Garnitz (aus Grimma)
Ruschdörsfeld, Rosenstraße 120.

Für Venney-Wettmann.

Central-Wahl-Komitee: Signung.
Sonntag, den 22. ds. M., Nachmittags 1/2 4 Uhr, in Eberfeld bei Herrn Hunscheid, Friedrichstraße.
Für das sozial-demokratische Arbeiter-Wahl-Komitee:
Der Vorsitzende
Ronsdorf, 13. Jan. Ernst Wille.

Für Leipzig.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Donnerstag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung im „Pantheon“.
Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht (Ref. Eisemann).
— Die Reichstagswahlen.
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Die Parteigenossen in allen Orten des 17. und des 19. Wahlkreises werden erucht, uns für jeden Ort eine Adressen einzuschicken, an welche auf die Wahl Bebel's und Liebknecht's bezügliche Sendungen (Augschriften, Zeitungen etc.) zu adressiren sind.
Redaction des „Volkstaat“.
Gulienstraße 2.

Leipzig: Berant. Redaction in Vertretung: Carl Hirsch (Redaction: Gulienstr. 2.) Dend u. Verlag: F. Ebels (Expedition: Petstr. 18.)

*) Genau derselbe Schwindel, wie in Sachsen, was natürlich die Kohlenwucherer in den Leipziger Stadtbehörden nicht zugeben wollen. Wenn man die hört, betriegt die Kohlenwucherer nur auf der Einbildung der Arm. u. Sie merken wirklich nichts, als das Steigen ihrer Aktien!